

CARL HANSER VERLAG

Ruth Federspiel, Günter Spur

**Produktionstechnische Forschung in Deutschland von
1933 - 1945**

3-446-22696-6

www.hanser.de

1 Technische Hochschulen Anfang der dreißiger Jahre

1.1 Allgemeine Entwicklung

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 setzte auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung der Prozess der Gleichschaltung ein. Auch wenn klare Konzepte zur Umgestaltung der Hochschullandschaft im nationalsozialistischen Staat und zu ihrer Funktion zunächst nicht vorlagen, eines war klar: Nationalsozialistische Grundsätze sollten in Zukunft auch für die Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen Anwendung finden. Neben der Gleichschaltung gehörten dazu das Führerprinzip und das Neben- wie auch das Gegeneinander von Partei und Verwaltungsstellen.¹ Wie in allen anderen Bereichen versuchten die verschiedenen Interessengruppen innerhalb der neuen Führungsschichten, einflussreiche Positionen zu erlangen. Da es im Januar 1933 weder eine NS-Organisation der Hochschullehrer gab und auch die Zahl der NSDAP Mitglieder unter den Professoren Anfang Februar 1933 noch verschwindend gering war, versuchte zunächst der seit Mitte der zwanziger Jahre bestehende und Anfang 1933 knapp 10 Prozent der Studenten bindende Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) mit Unterstützung der nationalsozialistisch dominierten Deutschen Studentenschaft in dieses Machtvakuum vorzudringen und seine Vorstellungen einer nationalsozialistisch ausgerichteten Hochschulpolitik durchzusetzen.² Aus dieser Gruppe kamen anfangs die stärksten Impulse zur Umgestaltung der Hochschullandschaft, sie organisierte Boykottmaßnahmen gegen jüdische oder politisch unliebsame Lehrkräfte und bereitete die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 vor.³

Die Gleichschaltung der Hochschulen vollzog sich 1933 nach der Märzwahl in mehreren Etappen. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 stellte dabei einen der tiefgreifendsten Einschnitte in die Hochschulautonomie dar, da es beamtenrechtlich garantierte Rechtssicherheit aufhob. Neben der Entlassung politisch missliebiger Mitglieder der Hochschulen hatte das Gesetz in erster Linie das Ziel, die jüdischen Mitglieder des Lehrkörpers zu entlassen. Eine kleine Schamfrist räumte das Gesetz zunächst noch den

¹ Ausführlich Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn u.a. 1995. Einzelstudien liegen mittlerweile zu einigen wissenschaftlichen Institutionen vor, so die Studie zur DFG von Notker Hammerstein, zum Stifterverband von Winfried Schulze, und zur Preußischen Akademie der Wissenschaften, hier vor allem die Beiträge von Wolfgang J. Mommsen, *Wissenschaft, Krieg und die Berliner Akademie der Wissenschaften. Die preußische Akademie der Wissenschaften in den beiden Weltkriegen*, S. 3-23. Dieter Hoffmann, *Das Verhältnis der Akademie zu Republik und Diktatur. Max Planck als Sekretär*, S. 53-85 und Peter Th. Walther, *Arisierung, Nazifizierung und Militarisierung. Die Akademie im Dritten Reich*, S. 87-118, in: *Preußische Akademie der Wissenschaften 1914-1945*, herausgegeben von Wolfram Fischer unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeldt und Peter Nötzoldt, Berlin 2000.

² Grüttner hat dies in seiner auf breitem Quellenmaterial basierenden Studie eingehend untersucht und differenziert dargestellt. Für die Technischen Hochschulen stellt er unterschiedliche Grade der nationalsozialistischen Durchdringung der Studenten fest. Die TH Berlin bezeichnet er in diesem Zusammenhang als Hochburg studentischer NS-Verflechtung ebenso die TH Karlsruhe, während der Einfluss des NSDStB in Hannover und Stuttgart wesentlich geringer war. Vgl. S. 60 und S. 496f.

³ Die erste Zeit nach 1933 war allerdings gerade auch in der organisierten Studentenschaft von Machtkämpfen zwischen DSt und NSDStB geprägt, zusätzlich etablierte sich die SA ab Herbst 1933 an den Hochschulen und nahm massiv Einfluss auf die Ausbildung der Studenten außerhalb des akademischen Stundenplans. Die Bücherverbrennung hatte der von der SA bedrängte DSt organisiert. Zu den Auseinandersetzungen vgl. Grüttner, *Studenten [...]*, S. 251.

sogenannten Frontkämpfern und Hochschulmitgliedern ein, die vor August 1914 eine Beamtenstelle eingenommen hatten. Doch mit dem Jahresende 1935 nützte den als jüdisch eingeordneten Mitgliedern der Hochschule auch dieser Beweis echter deutscher Gesinnung nichts mehr und sie wurden entlassen. Die Einschnitte, die dieses gesetzlich geregelte Unrecht an den Hochschulen und den hier untersuchten Lehrstühlen markierte, waren sehr unterschiedlich.

Die Einführung des Führerprinzips innerhalb der Hochschulen zog die Ernennung der Rektoren durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) anstelle ihrer Wahl durch den Senat der Hochschule nach sich. Die Rektoren wiederum bestimmten die Dekane. Schließlich strebte das Ministerium auch die Vereinheitlichung der Amtszeit der Rektoren an, nur in Aachen, Breslau und Hannover hatten die Rektoren eine zweijährige Amtszeit, daran sollten die übrigen Hochschulen angeglichen werden. Zum Wintersemester 1934/35 versandte das Ministerium einen Erlass, der auch den einheitlichen Beginn der Rektoratszeiten auf den 1. Mai der entsprechenden Jahre festlegte.

Eine Änderung bei den Habilitationen kündigte ein Schreiben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 6. Mai 1933 an, in dem Minister Rust die Hochschulleitungen darauf aufmerksam machte, dass die Genehmigung des Habilitationsverfahrens durch den Minister, wie es in Bayern und Sachsen schon üblich war, nun auch in Preußen eingeführt werden sollte. Bislang war es üblich gewesen, die Habilitation dem Ministerium nur anzuzeigen. Nach Ansicht des Ministers hatte das „die Fakultäten und Hochschulen vielfach dazu verleitet, erheblich mehr Privatdozenten zu habilitieren als akademische Aufrückstellen vorhanden sind, und die wissenschaftliche und menschliche Eignung der Bewerber nicht immer hinreichend sorgfältig zu prüfen ... eine Überwachung der Fakultäten und Hochschulen, hinsichtlich der Habilitanden“ sei deshalb mit der Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums notwendig geworden. Aus diesem Grund sah der Minister die Notwendigkeit, „die statuarische Anzeige der Fakultät an den Minister in eine Genehmigung durch den Minister“ umzuwandeln.⁴

In vollem Umfang griffen Zentralisierung und Gleichschaltung aber erst ab 1934. In diesem Jahr erfolgte neben der Zusammenziehung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit dem Reichsministerium auch die bereits angekündigte Änderung des Habilitationsgesetzes, das der wissenschaftlichen Legitimation nun noch eine charakterliche Prüfung in Form der Teilnahme am Dozentenlager anfügte. Am 24. Juni 1935 ging aus der Organisation der Lehrer, dem NSLB, auf Anweisung von Rudolf Hess das offizielle Parteiorgan zur politischen Überwachung und ideologischen Beeinflussung der Hochschulen, der streng nach dem Führerprinzip organisierte Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund (NSDDB) hervor. Dieser war zwar schon seit 1934 tätig, da die lose Zusammenfassung von Dozenten als Untergruppe im Lehrerbund hinsichtlich der in Angriff genommenen Aufgabe „für die Durchdringung des gesamten Lebens der Hochschulen mit nationalsozialistischem Geist zu sorgen“⁵ als unbefriedigend angesehen wurde.

⁴ GStAPK, Rep. 151Ic, Nr. 6956.

⁵ Technische Hochschule Berlin, Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1939 und das Winterhalbjahr 1939/40, S. 75. Die Darstellung in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus vermittelt dagegen den Eindruck als sei der Dozentenbund tatsächlich erst 1935 gegründet worden, vgl. ebd. S. 608.

Die Sorge, zu wenig Einfluss auf die Neugestaltung der Hochschullandschaft nehmen zu können, hatte unter anderen den Gauverband Sachsen des NS-Lehrerbundes veranlasst, im Dezember 1933 folgenden besorgten Brief an das Ministerium für Volksbildung zu richten:

„Mit Rücksicht darauf, daß an der TH Dresden in der nächsten Zeit eine Reihe wichtiger Lehrstühle zu besetzen sind, und daß die Vermutung berechtigt ist, diese LS noch schnell nach dem alten Modus zu vergeben, bei dem der Einfluß der Reaktion ausschlaggebend ist, bitten wir das Ministerium für Volksbildung verfügen zu wollen, daß in jeder Berufungskommission einer Abteilung der zuständige Abteilungsobmann der Hochschulfachschaft des NS-Lehrerbundes und in der Berufskommission (sic!) des Senates der Hochschulobmann der Hochschulfachschaft Sitz und Stimme hat.

Durch eine solche Verfügung würde die Entscheidung des Ministeriums erleichtert und im nationalsozialistischen Sinne gesichert werden. [...]

Die gegenwärtig noch arbeitenden Berufskommissionen (sic!) haben als solche keinerlei Beziehungen zur Parteiorganisation und laufen Gefahr, infolge ihrer Zusammensetzung Auswahlen zu treffen, die unter dem Gesichtspunkt nationalsozialistischer Forderungen an die Hochschullehrer im neuen Staat nicht zu billigen sind.“⁶

Der Minister antwortet dem besorgten Stabsleiter des NSLB mit dem Hinweis darauf, „daß die endgültigen Berufungen durch das Ministerium selbst erfolgen, und daß es selbstverständlich keine Berufung vornehmen wird, die nicht im nationalsozialistischen Sinne liegt.“⁷

Solche und ähnliche Klagen häuften sich und das vermutlich nicht nur in Sachsen, so dass es geboten schien, die Einflussnahme der Partei auf die Hochschulpolitik klar zu regeln. Mit dem Erlass von Hess entstand das selbständige Organ des NSDDB, in dem alle Parteimitglieder an den Hochschulen zusammengefasst werden sollten. Die schon seit Oktober 1933 bestehende NS-Dozentschaft sollte alle Lehrkräfte und Assistenten sammeln, man kann sie auch als Zwangszusammenschluss der Angehörigen des wissenschaftlichen Mittelbaus bezeichnen. An der Spitze der Dozentschaft stand ein bewährter Nationalsozialist, in Berlin war das Willi Willing, der als Leiter der Dozentschaft 1935 auch Führer des Dozentenbundes wurde. Später rückte Willing zum Gaudozentenführer auf, war Referent im REM und wurde 1937 zum ordentlichen Professor berufen.

Ab 1936 sollten Dozentschaftsleiter und Dozentenbundführer in Personalunion verbunden sein.⁸ An der Spitze des NSDDB stand der Reichsdozentenführer, bis Juli 1944 war das der Hon. Prof. Walther Schultze. Ihm folgte noch im selben Monat der ehemalige Reichsstudentenführer und seit 1941 als Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg amtierende Gustav Adolf Scheel.⁹ Im Zuge der Berufungsverfahren stellte der NSDDB eine ernst zu nehmende Institution dar, die in etlichen Fällen zur ausschlaggebenden Instanz wurde, wie es die Beispiele der hier zu untersuchenden Lehrstühle später zeigen werden.

⁶ SHStA, Min. Volksbildung, Nr. 15548, Bl. 8, Schreiben des Stabsleiter NSLB-Sachsen vom 16.12.1933.

⁷ Ebd., Bl. 9, Schreiben Min. Dir. Dr. Woelker vom 6.1.1934.

⁸ Einzelheiten der Bestimmungen in SHStA, Ministerium für Volksbildung, Nr. 15272, Betr. Dozentschaft.

⁹ Eine biographischer Abriss bei Grüttner, Studenten [...], S. 511f. Da Scheel im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Werner Osenberg eine Rolle spielte, wird in diesem Zusammenhang etwas ausführlicher auf seinen Werdegang zurückzukommen sein.

1.2 Professoren und wissenschaftliches Personal

Die unterschiedliche Größe der Technischen Hochschulen und die damit einhergehende Stärke des Lehrkörpers sollen hier kurz ins Gedächtnis gerufen werden.

Veröffentlichte statistische Übersichten zur Ausstattung der verschiedenen Abteilungen und Fakultäten mit akademischem Lehrpersonal sind kaum vorhanden, so dass sich die Darstellung hier auf die wenigen Untersuchungen stützt, die vergleichendes Material aufgearbeitet haben. Neben einer Gesamtübersicht ist es eine Analyse der Berliner TH. Die Kombination der Ergebnisse beider Arbeiten vermittelt neben einem ersten Eindruck von den personellen Verschiebungen in den dreißiger Jahren auch einen von dem Abstand mit dem die TH Berlin als größte Hochschule an der Spitze aller übrigen lag. Etwa ein Drittel aller akademischen Mitglieder der Technischen Hochschulen waren in Berlin gebunden waren. Das verdeutlicht, welche Bedeutung der hochschulpolitischen Entwicklung an der Berliner TH zukam (Tabelle 1).

Hochschullehrer	1931		1938	
	TH Gesamt	TH Berlin	TH Gesamt	TH Berlin
Emeriti	50		89	
Ord. Professoren	286	71	289	86
Ord. Honorarprofessoren	2			
Extraordinarien	16 + 71apl.	97	14 + 61apl.	72
Privatdozenten	118	93	55	30
Lektoren, Beamte u. Ang. des wiss. Dienstes	2	7	1	6
Honorar - Professoren u. Gastdozenten	56	53	53	52
Lehrbeauftragte	72	23	127	53

Tabelle 1: Hochschullehrer an den Technischen Hochschulen und der TH Berlin (1931 und 1938)¹⁰

1.3 Die Studenten

Die Vorliebe der Studenten für einzelne Hochschulen war vor dem Machtwechsel 1933 nicht zuletzt auch von der politischen Stimmung in der Hochschule und am Standort derselben beeinflusst. Das trifft ganz besonders auf die jüdischen Studenten zu, deren Zahl in München beispielsweise schon in den frühen zwanziger Jahren auffallend zurückging, während sie in Berlin immer weiter anstieg. Hier scheint das verhältnismäßig liberale Klima der Stadt weit stärker gewirkt zu haben als die besonders an der Technischen Hochschule schon in den

¹⁰ Zusammengestellt nach Christian von Ferber, Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954 (= Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, Bd. III), Göttingen 1956, S. 199f und für die TH Berlin nach Wilhelm Heinz Schröder, Hochschullehrerstatistik (1879-1945), in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 1, S. 596 und 606f.

zwanziger Jahren zu spürbare Rechtsorientierung vieler Kommilitonen. In München hingegen wirkte der Einfluss der von dort aus agierenden und zunehmend an Einfluss gewinnenden NSDAP auf das politische Klima der Stadt, die nach der kurzen Zeit der Räteregierung unter Kurt Eisner zum bevorzugten Aufenthaltsort rechtsnationaler und nationalsozialistischer Agitateure geworden war.

Wie Tabelle 2 zeigt, waren die Technischen Hochschulen sehr unterschiedlich gefragt. Vor allem die in geographischer Randlage gelegenen Hochschulen wie Breslau und Aachen waren schwach besucht. Aachen hatte durch die französische Besetzung 1923 erheblich an Attraktivität eingebüßt, Breslau litt ebenfalls unter der veränderten territorialen Situation nach dem Ersten Weltkrieg und hatte zudem mit kaum überwindbaren finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.¹¹ Braunschweig hatte keine sehr viel höheren Studentenzahlen, doch gemessen an den Breslauer Problemen waren sie hier überschaubar.

Hochschule	SS 1920	SS 1932	WS 1933/34	WS 1938/39	1. Trimester 1941
Aachen	1088	911	897	825	254
Berlin	3209	4223	3296	2559	1840
Braunschweig	872	990	828	410	264
Breslau	810	630	558	571	373
Danzig	810				659
Darmstadt	2052	1998	1725	1167	456
Dresden	2264	3541	2654	1032	721
Hannover	2577	1548	1457	964	519
Karlsruhe	1424	1201	1080	721	373
München	2926	3689	3154	1911	1688
Stuttgart	1519	1743	1455	869	467

Tabelle 2: Studentenzahlen in ausgewählten Jahren (1920-1941)¹²

Insgesamt ging die Zahl der Studierenden in den ersten Jahren des Dritten Reiches zurück, um in den späten dreißiger Jahren wieder etwas anzusteigen. Die Zahlen der Tabelle 2 verdeutlichen den gravierenden Einschnitt, den die nationalsozialistische Machtübernahme für die akademische Bildung nach sich zog. Da die verantwortlichen Stellen einen akuten Mangel an akademisch ausgebildeten jungen Leuten voraussahen, wurden die Zugangsbedingungen zum Hochschulstudium erleichtert und gerade in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern auch neue Anreize geschaffen. Die Zahlen der Weimarer Jahre konnten dennoch nicht wieder erreicht werden.

Die geringe Zahl der Studenten an einigen Hochschulen erklärt Grüttner mit dem Bedürfnis der Studenten, sich der Kontrolle der NS-Organen zu entziehen, da die Mehrzahl der Stu-

¹¹ GStAPK Rep.151 Ic, Nr. 7003, daraus wird ersichtlich, dass die TH Breslau 1930 wegen ihrer katastrophalen finanziellen Situation kurz vor der Schließung stand.

¹² HStA Dresden, Min. Volksbildung, Nr. 15295, Bl. 271 für das SS 1920, für SS 1932 GStAPK, Rep. 151 Ic, Nr. 7003, alle anderen: Zehnjahres-Statistik des Hochschulbesuchs und der Abschlussprüfungen. I. Band: Hochschulbesuch. Hg. v. Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Bearb. v. Charlotte Lorenz. Berlin 1943, S. 120-127. Zahlen ohne Beurlaubte und ohne Gasthörer.

denen wenig Sinn für die organisatorische und erzieherische Erfassung durch den NSDStB hatten. Die Wahl des Studienortes wurde nicht zuletzt auch von der Überlegung geleitet: „Wo gibt es am wenigsten Dienst? Wo gibt es die meiste Freiheit?“¹³ An den Technischen Hochschulen lässt sich dieser Trend nicht so klar heraus arbeiten,¹⁴ da hier die Rangfolge des Jahres 1920 über die Zeit des politischen Wechsels im großen und ganzen erhalten blieb und sich der allgemeine Rückgang der Studentenzahlen proportional gleich verteilte. Möglicherweise spielte die Nähe des Wohnorts zur Hochschule eine weitaus bedeutendere Rolle bei der Wahl des Studienortes als ideologische Gesichtspunkte.

1.4 Die Ministerialverwaltung

Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung war seit dem 30. April 1933 von Bernhard Rust¹⁵ geführt worden. Zum 1. Mai 1934 war das Preußische Ministerium im neu eingerichteten Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) aufgegangen, das unter Reichsminister Rust die zentrale Organisation von Bildung und Wissenschaft zur Aufgabe hatte. Innerhalb des Ministeriums war das Amt Wissenschaft für die Hochschulen zuständig. Hier standen neben altgedienten Ministerialbeamten der Weimarer Zeit NS-Parteifunktionäre. An der Spitze der Hochschulabteilung im REM stand seit Juni 1934 als Leiter des Amtes Wissenschaft Ministerialdirektor Karl Theodor Vahlen.¹⁶ Auf Vahlen folgte Januar 1937 Dr. Otto Wacker im Amt, dem es gelang „ein enges Arbeitsverhältnis mit den an den Fragen der Wissenschaftsverwaltung beteiligten oder interessierten Parteidienststellen herbeizuführen.“¹⁷ Wacker erreichte zwar die Zusammenarbeit mit der Reichsführung SS und dem Amt Rosenberg, doch die Reichsamsleitung des NSD-Dozentenbundes entzog sich den Wünschen Wackers. Ausführlich schildert diesen Konflikt ein Bericht aus dem REM „zur“ Beteiligung der Reichsamsleitung des NSD-Dozentenbundes in Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung.¹⁸

Zum einflussreichsten Mann aber wurde Rudolf Mentzel,¹⁹ der Ende 1933 ins Ministerium gekommen war und dort nicht zuletzt auch auf Vermittlung des Heereswaffenamtes als Referent für Naturwissenschaften die Unterabteilung W II „Forschung“ übernahm. Zusätzlich bekam Mentzel eine außerordentliche Professur an der TH Berlin, ab 16. November 1935 war er dort ordentlicher Professor für Wehrchemie an der gerade offiziell eröffneten Wehrtechni-

¹³ Deutsche Volkszeitung, Paris/Prag 6.2.1938, zitiert nach Grüttner, Studenten [...], S. 275.

¹⁴ Nimmt man dieses Argument als Erklärungshilfe, dann müssen in Hannover die Kontrollen und Dienste besonders streng gewesen sein, da hier ein besonders starker Rückgang der Studierenden festzuhalten ist.

¹⁵ Bernhard Rust, geb. 30. September 1883, hatte ein Studium der Germanistik, Philosophie und Klassischen Philologie absolviert, war als Oberlehrer am Ratsgymnasium in Hannover tätig gewesen und hatte am Ersten Weltkrieg teilgenommen. 1925 war er Mitglied der NSDAP geworden und im gleichen Jahr noch zum Gauleiter von Hannover ernannt worden. Ab 1928 war er Gauleiter von Südhannover-Braunschweig. Als Abgeordneter zog er 1930 für die NSDAP in den Reichstag ein.

¹⁶ Zu Vahlen und seiner akademischen Karriere ausführlich Notker Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, München 1999, S. 124f.

¹⁷ GStAPK, Rep. 76, Nr. 212, Bl. 15.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebenso zu Mentzel, S. 130-134 und Manfred Rasch in NDB, Bd. 17, 1997, S. 96-98.

schen Fakultät. Am 2. Mai 1939 ernannte Minister Rust Mentzel zum Amtschef Wissenschaft im REM und beförderte ihn zum Ministerialdirektor.²⁰

Schon im Dezember 1936 war Mentzel zum Präsidenten der DFG ernannt worden. Er spielte in späteren Jahren als Geschäftsführender Direktor des RFR eine wichtige Rolle, da es zwischen ihm und Werner Osenberg zu heftigen Auseinandersetzungen im Zuge der Osenbergschen Planungen zur „Mobilisierung der Forschung“ und der geplanten Einrichtung von Wehrforschungsgemeinschaften kommen sollte.²¹

Zu Beginn des Jahres 1936 kam Werner Zschintzsch als Staatssekretär in das REM und sorgte dort für die Verstärkung des echten nationalsozialistischen Kampfgeistes. Zschintzsch war noch keine 40 Jahre alt und hatte sich zuvor als Polizeipräsident in Wiesbaden bewährt.²² Nun war er unter anderem zuständig für den NSDDB und unterstützte die Einrichtung der Wissenschaftlichen Akademien des Dozentenbundes, die zwischen 1938 und 1940 in Kiel, Göttingen, Gießen und Tübingen eingerichtet wurden.²³

Für den Bereich der Technischen Hochschulen war in vielen Berufungsfällen Prof. Dr.-Ing. Heinrich Nipper zuständig, er war der Referent im REM für die Technischen Hochschulen und an allen Berufungsangelegenheiten auf produktionswissenschaftliche Lehrstühle beteiligt, sein Abteilungschef war schon seit dem Kaiserreich der in der Wissenschaftsverwaltung tätige Geheimrat von Rottenburg.

Ministerialrat Heinrich Nipper war der Mann, mit dem die künftigen Lehrstuhlinhaber die Berufungsverhandlungen führten. Da er eine zentrale Rolle spielte, soll er kurz vorgestellt werden. Geboren wurde Heinrich Nipper am 7. Juni 1901 in Bremen. Seit dem 31. Mai 1929 war er Privatdozent für Formstoffe und Hilfsmaterialien des Gießereibetriebes an der TH Aachen, wo er zugleich auch als Dozentenbundführer tätig war. Ob seine Ernennung in Aachen zum a. o. Professor für Metallguss und Technologie des gesamten Gießereiwesens im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit erfolgte ist unklar.²⁴ Zum 1. Oktober 1939 konnte er eine Professur an der Wehrtechnischen Fakultät der TH Berlin antreten. Nipper gehörte zur „schillernden Gruppe junger Leute“²⁵, die über politisch motivierte Veränderungen innerhalb der Ministerialverwaltung an einflussreiche Schaltstellen im REM gelangten. Seine Tätigkeit als Referent im REM begann er 1934.

²⁰ Vgl. Manfred Rasch in NDB, Bd. 17, 1997, S. 97

²¹ Diese Vorgänge sind in den entsprechenden Akten des Bestands R26/III im BAB dokumentiert.

²² Geburtsdatum 26. Januar 1887, vgl. BAB, R4901/alt R21, 204.

²³ Zur Dozentenbund Akademie in Kiel vgl. BAB, R4901/alt R21/ 204.

²⁴ Die Angaben nach der Zusammenstellung „Chronik des Lehrkörpers“, in: Alma Mater Aquensis, RWTH Sonderband 1870-1995, hrsg. im Auftrag des Rektors von der Pressestelle, Aachen 1995, S. 136.

²⁵ Hammerstein, Forschungsgemeinschaft, S. 134.